

Vorlage Stadtparlament

Datum 5. Mai 2026
Beschluss Nr. 1476
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellation

Interpellation SP/JUSO/PFG-Fraktion: Umsetzung des VIII. Nachtrags zum Sozialhilfegesetz und faktische Einschränkung der Wohnsitzfreiheit in der Stadt St.Gallen; schriftlich

Die SP/JUSO/PFG-Fraktion sowie weitere mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 17. Februar 2026 die beiliegende Interpellation «Umsetzung des VIII. Nachtrags zum Sozialhilfegesetz und faktische Einschränkung der Wohnsitzfreiheit in der Stadt St.Gallen» mit insgesamt 25 Unterschriften ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Die Asylverordnung des Kantons St.Gallen (sGS 381.12, AsylV/SG) regelt den Vollzug des eidgenössischen Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (SR 142.31, AsylG) für Personen, die gestützt auf dieses Gesetz durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) dem Kanton St.Gallen zugewiesen wurden oder für die er als zuständig bezeichnet wurde. Dieser «Verteilmechanismus» sieht im Grundsatz eine solidarische und bevölkerungsproportionale Verteilung der Geflüchteten auf die Gemeinden vor und definiert eine Aufnahme- bzw. Zuweisungsquote für jede einzelne Gemeinde. Bei der Berechnung der Quote sind u.a. die Anzahl der Geflüchteten innerhalb des durch den Bund bereitgestellten Refinanzierungszeitraums (je nach Aufenthaltsstatus 5 bis 7 Jahre), Asylzentren und vom TISG geführte Wohngruppen massgeblich. In der aktuellen Umsetzung des Verteil- und Finanzierungsmechanismus' im Asylwesen werden Gemeinden mit einer Zentrumsfunktion, vorhandenem (günstigem) Wohnraum sowie einer solidarischen Haltung indessen aus verschiedenen Gründen stark benachteiligt. Der Stadtrat unternimmt deshalb seit geraumer Zeit Anstrengungen für eine überzeugende Weiterentwicklung des Verteil- und Finanzierungssystems.

Der Anteil der Geflüchteten an der Wohnbevölkerung einer Gemeinde wird von folgenden Faktoren bestimmt:

- Zuweisungen durch den Trägerverein Integrationsprojekte St.Gallen (TISG);
- Erfüllungsgrad dieser Zuweisungen (zahlreiche Gemeinden halten die Aufnahmeverpflichtungen nicht ein);
- Wanderungsbewegungen: Personen, welche als Flüchtlinge anerkannt oder vorläufig aufgenommen sind, hatten innerhalb des Kantons bis zum 31. Dezember 2025 Niederlassungsfreiheit und zogen oft in Zentrumsgemeinden. Die Stadt St.Gallen hätte aufgrund der angestrebten bevölkerungsproportionalen Verteilung eine Aufnahmeverpflichtung von rund 15 %,

beherbergte jedoch per 31. Dezember 2025 rund 20 % der anerkannten und vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge, welche für die Zuweisungsquote in die Gemeinden relevant sind. Wird die Personengruppe losgelöst von der Zuweisungsquote betrachtet, halten sich rund 25 % der anerkannten und vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge in der Stadt auf (insgesamt rund 17 % der Personen aus dem Asylwesen). Der Anteil der Personen aus dem Asylwesen an der städtischen Wohnbevölkerung beträgt 2.41 %, während es kantonsweit 2.09 % sind.

Es besteht eine hohe Korrelation zwischen der Höhe der Sozialhilfequote in einer Gemeinde und dem Anteil der Personen aus dem Asylwesen, die in einer Gemeinde leben. Diese hohe Sozialhilfequote stellt für Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Personen mit Fluchthintergrund eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung dar. Nebst dieser finanziellen Mehrbelastung fordert die Integration die Gesellschaft und Stadtverwaltung auch langfristig.

In seiner Vernehmlassung zum VIII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz schloss sich der Stadtrat der Kritik an der beschlossenen, nach Einschätzung der Regierung völker- und bundesrechtswidrigen, Lösung an und schlug stattdessen insbesondere zwei völker- und bundesrechtskonforme Alternativen vor:

- Teilrevision Art. 14 Abs. 1 lit. b AsylV-SG: Anrechnung aller Personen des Asylbereichs mit Bleiberecht, unabhängig von der Aufenthaltsdauer;
- Teilrevision Art. 17e Abs. 1bis lit. a FAG: Ausgleich von 100 % (anstelle 60 %).

Bekanntlich hat der Kantonsrat dennoch diesen VIII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz beschlossen. Seit dem 1. Januar 2026 ist die Niederlassungsfreiheit für sozialhilfebeziehende anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge im Kanton St.Gallen eingeschränkt. Ein Umzug bedarf der Zustimmung sowohl der Weg- als auch der Zuzugsgemeinde. Gegen das Gesetz wurden Rechtsmittel ergriffen und eine bundesgerichtliche Rechtsprechung ist ausstehend. Bislang wurde keine aufschiebende Wirkung gewährt, womit der VIII. Nachtrag in Kraft getreten ist und umgesetzt werden muss.

2 Beantwortung der Fragen

1. Wie setzt die Stadt St.Gallen den VIII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz konkret um, und seit wann gilt die aktuelle Umsetzungspraxis?

Die Stadt St.Gallen setzt den Nachtrag seit dem 1. Januar 2026 um. Die Umsetzung orientiert sich dabei an der langjährigen Praxis bei anderen Gruppen aus dem Asyl- und Flüchtlingswesen, welche keine Niederlassungsfreiheit haben, z. B. vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer wie auch Personen mit Schutzstatus S.

Für die Zustimmung zu einem Wohnortswechsel fliessen grundsätzlich folgende Punkte in die Entscheidungsfindung ein:

- Sozialhilfeunabhängigkeit;
- Nachhaltige finanzielle Selbstständigkeit, d.h. ein existenzdeckendes Einkommen oder Vermögen;
- Unbefristetes Arbeitsverhältnis mit bestandener Probezeit;
- Fortgeschrittener Integrationsprozess;

- Vorhandener Mietvertrag.

2. Welche Dokumente und Unterlagen müssen eingereicht werden für einen Wohnsitzwechsel in die Stadt St.Gallen?

Einem Antrag auf Wohnortswechsel sind grundsätzlich folgende Unterlagen beizulegen:

- Ausweiskopie/Aufenthaltsbewilligung;
- Arbeitsvertrag;
- Lohnabrechnungen der letzten sechs Monate;
- Bestätigung des Arbeitgebers über bestandene Probezeit;
- Bestätigung des Sozialamts des aktuellen Wohnorts über Sozialhilfeunabhängigkeit;
- Kontoauszüge aller Konten der letzten sechs Monate;
- Police der Krankenkasse;
- Wenn vorhanden: Mietvertrag in der Stadt St.Gallen.

Einzelfallweise können auch weitere Dokumente wie z.B. Sprachdiplome verlangt oder kann auf die Einreichung einzelner Dokumente verzichtet werden.

3. Werden diese Anforderungen ausschliesslich auf anerkannte und vorläufig aufgenommene Geflüchtete angewendet oder auch auf andere Personen, die ihren Wohnsitz in die Stadt verlegen wollen?

Einen Antrag auf Wohnortswechsel müssen grundsätzlich nur Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich stellen. Für die Bewilligung von Kantonswechseln ist das Migrationsamt bzw. das Staatssekretariat für Migration (SEM) zuständig.

4. Wie viele Gesuche um Wohnsitzwechsel von anerkannten oder vorläufig aufgenommenen Geflüchteten sind seit Inkrafttreten des VIII. Nachtrags eingegangen und wie viele davon wurden bewilligt bzw. abgelehnt?

Seit Anfang Jahr (Stand April 2026) wurden Anfragen von und für rund 60 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingswesen für einen Zuzug in die Stadt St.Gallen gestellt. Bislang haben 23 Personen eine Bewilligung für den Zuzug und 29 eine Ablehnung erhalten. Für die restlichen Gesuche wurden entweder noch keine Anträge mit Unterlagen eingereicht oder diese befinden sich noch in Bearbeitung.

Werden ausschliesslich anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge betrachtet, wurden 23 Anfragen an die Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen (SDS) gestellt. Davon wurden bislang fünf Anträge bzw. der Zuzug von acht Personen bewilligt. Dreizehn Anfragen wurden abgelehnt.

5. Wie beurteilt der Stadtrat die Vereinbarkeit der aktuellen Praxis mit dem Diskriminierungsverbot und der Wohnsitzfreiheit, insbesondere vor dem Hintergrund der beim Bundesgericht hängigen Beschwerde, und ist er bereit, die Umsetzungspraxis bis zur Klärung der Rechtslage zu sistieren?

Die SDS wenden die Praxis umsichtig an. Soziale Aspekte werden angemessen berücksichtigt. Die Sozialhilfeunabhängigkeit ist nicht das alles entscheidende Kriterium. Vielmehr wird die Gesamtsituation beurteilt, und es wurden bereits trotz andauernder Sozialhilfeabhängigkeit Zuzüge bewilligt – sei

es bspw. aufgrund einer Aufnahme im Frauenhaus mit anschliessendem Zuzugswunsch in die Stadt oder dem Zuzug aufgrund der Nähe zum Ausbildungsort.

Der Stadtrat hat sich für eine völkerrechts- und bundesrechtskonforme Lösung eingesetzt. Dennoch ist der VIII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz seit 1. Januar 2026 in Kraft und das Bundesgericht hat noch nicht über die Beschwerde befunden. Bis zu einer Entscheidung des Bundesgerichts sieht die Stadt St.Gallen sich verpflichtet, den VIII. Nachtrag weiterhin umzusetzen.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Andy Markwalder

Beilage:
▪ Interpellation vom 17. Februar 2026